

digkeit orthodoxer Christen zu erhöhen. Gleichzeitig könnte dadurch die Informationsarbeit über die orthodoxen Kirchen verbessert werden. Eine solche Finanzverwaltung könnte sich auch verstärkt um Mittel der Europäischen Union, des Bundes und der Länder bemühen, die sicher bereit wären, manche Projekte z.B. in der Lehre, in der Sozialarbeit oder Medienarbeit zu unterstützen. Allein sind die einzelnen orthodoxen Kirchen für solch eine Verwaltung zu schwach, gemeinsam haben sie Gewicht.

Die Ökumenische Kommission könnte auf diesem Weg ein wichtiges Instrument zur Vereinigung in der Einen Kirche werden.

Jürgen Micksch

Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland

Erklärung

1. Wir danken der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder für die Veröffentlichung der Deklaration „Zur Problematik der Aussiedlung der Sudetendeutschen“ und für den Anstoß, den sie ungeachtet mancher Widerstände in der tschechischen Gesellschaft durch diesen mutigen Schritt zur Diskussion lang tabuisierter und verfälschter Themen innerhalb der Kirche, aber auch der tschechischen Öffentlichkeit überhaupt gegeben hat. Wir erkennen in dieser Stellungnahme einen Aufruf zur Versöhnung aus dem Geiste des Evangeliums und würdigen sie als unübersehbares Zeichen zu einem Neubeginn in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Im Bewußtsein unserer Schuld ergreifen wir bewegt und beschämt die uns entgegengestreckte Hand der Versöhnung und bitten unsererseits um Vergebung.

2. Wir unterstützen die von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf Borkum verabschiedete Antwort auf die „Deklaration“ und schließen uns ihr an.

3. Gleichzeitig danken wir unseren Partnerkirchen in Tschechien und der heutigen Slowakei, daß sie trotz der belastenden Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte schon bald nach dem Ende des Krieges die geschwisterliche Zusammenarbeit mit uns in manchen bilateralen Begegnungen und vor allem im europäischen Verbund unserer Denomination wieder aufgenommen haben. Das in diesen Erfahrungen gewonnene Vertrauen verpflichtet uns heute um so mehr, die Beziehungen zwischen unseren Völkern durch die Bereitschaft zur Versöhnung zu stärken und voranzutreiben.

4. Wir wenden uns an die Bundesregierung mit der Bitte, die schon lange angekündigte und längst überfällige gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung unverzüglich zu verabschieden. Mit großer Sorge sehen wir, daß das wiederholte Hinausschieben der gemeinsamen Erklärung von nationalistischen Kräften in beiden Ländern für ihre Zwecke mißbraucht worden ist und die Verhandlungen bereits erschwert hat. Daher fürchten wir, daß ein weiteres Zögern schließlich zum Abbruch der Gespräche ohne ein greifbares Ergebnis führen könnte, wie es ja auch schon von hochrangigen deutschen Politikern wiederholt gefordert worden ist. Ein solcher

Ausgang würde aber nicht nur dem Gedanken der Aussöhnung und der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk, der am Anfang der Gespräche stand, Schaden zufügen und die nationalistischen Kräfte in beiden Gesellschaften stärken, sondern darüber hinaus auch den Bau eines neuen Europa erschweren, das endlich die nationalistischen Ambitionen der einzelnen Völker hinter sich läßt.

Karlsruhe, am 12. November 1996

Gestern – heute – morgen (bisher Chronik)

Mehr als 500 Delegierte, Vortragende und Gäste trafen vom 24. November bis 3. Dezember in Salvador / Brasilien zur *Weltmissionskonferenz* mit dem Generalthema „Zu einer Hoffnung berufen – Das Evangelium und die Kulturen“ zusammen (s. ÖR 1996, 177 ff, 311 ff, 455 ff). Weitere Berichte sind für Heft 2/97 vorgesehen.

Der ÖRK sandte Ende November unter Leitung des politischen Direktors Dwain Epps / USA eine Delegation nach Teheran, um mit muslimischen Gelehrten Fragen der Menschenrechte, des Friedens und der Ökologie zu besprechen. Ziel ist – nach mehreren Morden an protestantischen Geistlichen in den letzten Jahren – zu einem Klima der Toleranz zu gelangen. In einer *gemeinsamen Erklärung wurde der Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit* betont, wenn Grausamkeiten wie in Bosnien, Ruanda oder im Nahen Osten verhindert werden sollen. Der Dialog soll Mitte 1997 fortgesetzt werden.

Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Rat Europäischer Bischofskonferenzen (CCEE) haben im November den ersten Entwurf für das *Ab-schlußdokument der 2. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz* (23. bis 29. Juni 1997) versandt. Rückäußerungen sind bis 31. Januar erbeten.

Der Lutherische Weltbund hat kirchliche Führungskräfte seiner 40 europäischen Mitgliedskirchen vom 8. bis

12. Dezember nach Budapest zu einer *Tagung „Vision und Mission der Kirche in Europa“* eingeladen. Im Blick waren ein „Paradigmenwechsel im Missionsverständnis“ sowie die Weltmissionskonferenz in Brasilien bzw. die Ökumenische Versammlung in Graz.

Mit einer *Audienz beim Papst und einem Besuch der zuständigen Kongregationen* versuchte Anfang Dezember das Oberhaupt der Kirche von England, Erzbischof George Carey, das seit der Einführung der Frauenordination gespannte Verhältnis zu Rom zu verbessern. Der beidseitig erklärte Wille, die „traurige Trennung“ zu überwinden, konnte freilich die bereits zum voraus erfolgte Absage der Vatikanvertreter nicht rückgängig machen, an einem Gebetsgottesdienst in der anglikanischen Kirche Roms teilzunehmen.

Das Zentralkomitee Deutscher Katholiken und der Deutsche Evangelische Kirchentag sind übereingekommen, für das Jahr 2002 oder 2004 einen *ökumenischen Kirchentag* zu planen. Der Katholikentag 1998 in Mainz und der „Ökumenische Katholikentag“ im Jahr 2000 in Hamburg sowie die Evangelischen Kirchentage 1997 in Leipzig und 1999 in Stuttgart sollen bereits auf dieses Ziel hinführen.

Neben der Fertigstellung der *Denkschrift zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland* soll 1997 auch eine *gemeinsame evangelisch-katholi-*